

Dill-Beitung

Zeitung für das Dilltal

Dillenburgs Tageblatt

Ausgabe täglich nachmittags, außer
Son- und Feiertagen. Bezugspreis:

vierteljährlich ohne Bringerlohn M. 3.
Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, die Zeitungs-
stellen und die Bandenlieferanten, sowie sämtliche Postanstalten.

Geschäftsstelle und Schriftleitung Schulstraße 1. — Fernruf Nr. 24. — Postfachkonto 8563 Frankfurt a. M. — Bankkonten: Landesbankstelle Dillenburg und L. Pfeiffer, Depostenkasse, Dillenburg.

Amfliches Kreisblatt für den Dillkreis

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Zeile
20 Pfennig. Rechtsamenzelle: 30
Spalten 60 Pfennig. Bei Wiederholungen
Aufnahmen entsprechend Rabatt oder günstige Zeilen-Abkürzungen.
Offertengelassen oder Anzeigen durch die Geschäftsstelle 25 Pf.

Nr. 276

Montag, den 25. November 1918

78. Jahrgang

Verderbliche Zauderpolitik.

Berlin und das Reich.

In Berlin wüten die Parteikämpfe. Die Spartakusgruppe macht der Regierung viel zu schaffen. Bis zur Stunde ist die Entscheidung, wann und ob die Nationalversammlung einberufen werden soll, noch nicht gefallen. In der Nacht vom 22. zum 23. November haben die Angehörigen der Spartakusgruppe einen Radikalansturm in Berlin verübt. Einige hundert Mitglieder dieser Gruppe begaben sich nach dem Polizeipräsidium, um dort angeblich in Haft befindliche politische Gefangene zu befreien. Es kam zu einem Handgemenge zwischen den Mannschaften des Polizeipräsidiums und den Aufständischen, wobei verschiedene Einwirkende getötet und verletzt wurden.

Berlin hat genug mit sich selbst zu tun und hat gar keine Zeit, seine Augen auf das Reich zu richten. Aber draußen geht es geschäftig her. Das Reich kocht in seinen Fugen. Überall bilden sich Republiken, in Oldenburg, Ostpreußen, Bremen, Harburg, Stade, Hamburg und Schleswig-Holstein. Auch in Süddeutschland und in den Rheinlanden machen sich Selbstständigkeitsbestrebungen geltend. Es wäre sehr bedenklich, wenn diese Selbstständigkeitsbestrebungen Boden gewinnen, denn diese können nur dem Frieden schaden.

Bismarck hat an die Regierung eine Warnung ergehen lassen, in Berlin Unruhen zu dulden, oder gar einen Sowjetvertreter in Berlin zuzulassen. Wenn nicht bald Ordnung geschaffen werde, sei die Entente genötigt, den Waffenstillstand zu kündigen. Wenn die Berliner Herrschaften nicht endlich zur Einsicht kommen, ist man in Rheinland und Westfalen bereit, einen selbstständigen Staatenbund zu bilden zum Schutz gegen die Bolschewikenherrschaft. Die Westfälischen Panatier dürfen doch endlich wissen, daß man von ihrem Treiben ganz und gar nicht erbaut ist. Auch Bayern hat eine diesbezügliche Erklärung abgegeben, daß man in Berlin dem Bolschewikentum nicht das Recht einräumt, die Bayern sich von Deutschland loszureißen, und einen eigenen Staat für sich bilden werden. Die Ausschüsse für die Zukunft sind gar nicht so sehr verlockend, wenn sich nicht die Berliner Regierung auf die Hinterfüße stellt. Für ein geordnetes System in Deutschland ist es notwendig, daß 1. gegen die Spartakusleute energisch vorgegangen wird, daß 2. sofort die Nationalversammlung einberufen, und daß 3. auf Nahrungsmittelzufuhr Bedacht genommen wird. Eines greift ins andere. Mit dem Verstande allein aber kommt die Berliner Regierung nicht weit. Sie muß sich sofort einigen, Fühlung mit den Einzelstaaten nehmen und ihre Wünsche berücksichtigen. Das Reich muß auch zu Worte kommen und nicht allein Berlin. Die Gefahr der Auflösung Deutschlands ist sehr nahe. Wenn diese eintreten würde, würden wir um ein halbes Jahrhundert in unserer Entwicklung zurückgeworfen. Dann würde Deutschland aufgehört haben als Machtfaktor in der Welt zu bestehen, und es würde zurückersinken in die Zeit vor den Befreiungskriegen.

Der einzige Angelpunkt, die einzige Rettung ist heute nur noch die Einberufung der Nationalversammlung. Überall hört man den Ruf nach ihr. Unsere heimkehrenden Soldaten geben uns die Hoffnung, daß unsere Forderung erhört werden wird. Wenn sie sich als Machtfaktor geltend machen, wird man sich halten, ihre Stimme zu überhören, denn auch sie wollen kein extremes System, sondern ein gemäßigt-bürgerliches. Bezeichnend für die Situation, in der sich die augenblickliche Regierung befindet, ist die Tatsache, daß sowohl sie wie die Mehrheit des deutschen Volkes vollkommen einig über die Notwendigkeit der sofortigen Einberufung der deutschen Nationalversammlung ist und Herr Ebert und Herr Haase haben das wiederholt ausgesprochen, und sie wissen auch recht gut, daß das Schicksal des Friedenskonferenzen eng mit der deutschen Nationalversammlung verknüpft ist. Nichtsdestoweniger sind sie anscheinend von dem Wesen der Reichsversammlung eingeschüchtert, daß sie es nicht wagen, etwas ernsthaftes zu tun, und lieber versuchen, durch Kompromisse aus den Lippenreichen Forderungen herauszukommen, obwohl sie als geschulte Politiker und nicht zum Wenigsten aus der jüngsten Vergangenheit wissen müßten, daß gerade der übermäßige Steuerdruck am meisten von der Gefahr der Strandung bedroht ist.

Erfreulicherweise ist das deutsche Bürgertum aus seinem Schlafe endlich erwacht und beginnt sich die Augen zu reiben. Der Sturmangriff ist dem deutschen Bürgertum so überraschend gekommen, daß es gar nicht die Möglichkeit hatte, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, sondern einfach über den Haufen gerannt wurde. Jetzt hat es alle Hände verloren und muß sich so nach und nach den verlorengegangenen Boden zurückerobern. Es verharret nun in der Opposition und dieser Zustand hat ja auch gewisse Vorteile. Während die jetzigen Machthaber gezwungen sind, durch den raschen Gang der Ereignisse auch rasch zu handeln, können die bürgerlichen Elemente ruhig zusehen und von oben her, die die jetzige Regierung macht, lernen. Aber sie dürfen nicht allzu lange in der Opposition verharren, denn das könnte leicht gefährlich werden. Eine schadenfrohe Opposition ist niemals gesund. Das Bürgertum kann nur zur Macht gelangen, wenn es aus den Händen seiner Gegner und seinen eigenen Lethen, und es versteht den Erfordernissen der neuen Zeit gerecht zu werden.

Will die deutsch-demokratische Partei wirklich eine Partei des Volkes sein, dann darf sie nicht eine Schutztruppe

gewisser privatrechtlicher Interessen darstellen, sondern sie muß versuchen, ein Programm der Verallgemeinerung unter Berücksichtigung individueller Interessen in die Wirklichkeit umzusetzen. Rosa Luxemburg läßt in ihrem Artikel, daß Scheidemann die Großkapitalisten wieder in den Sattel heben wolle. Die bürgerliche Partei wird es aber allen, auch den Spartakusleuten zeigen, daß sie das ganze Volk darstellt, aber auch wirklich das ganze Volk, und nicht eine Partei einzelner Interessen ist.

Unsere Sorge muß es heute sein, auf den Frieden und das Zusammenhalten des Reiches hinzuwirken. Moge der Berliner Regierung der Ruf: „Los von Berlin!“ ein Warnungssignal sein, möge sie endlich ihre Radikalpolitik aufgeben und energische Maßnahmen ergreifen, ehe es zu spät ist.

Ebert's Verzögerungsmanöver.

Berlin, 23. Nov. (B.B.) Der Volksbeauftragte Ebert äußerte heute abend gegenüber dem Berliner Vertreter der „Weltzeitung“ über die Einberufung der Nationalversammlung folgende Erklärung: In unserer ersten programmatischen Erklärung vom 12. Nov. hat die Regierung sich für Einberufung der konstituierenden Versammlung erklärt, die aufgrund des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts und aufgrund des proportionalen Wahlrechts für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zusammengeleitet werden soll. Ich kann Ihnen nur erklären, daß wie an dieser Auflösung auch heute noch etwas festhalten. Es sind mir gerade in den letzten Tagen von den Arbeiter- und Soldatenräten aus dem ganzen Reich und aus den besetzten Gebieten und von den Gewerkschaften und Parteiorganisationen umgeben in großer Zahl zugegangen, die alle entschieden für eine baldige und für die Einberufung der Nationalversammlung aufgrund des allgemeinen Wahlrechts aussprechen. Wir Sozialdemokraten haben ja immer für das gleiche Wahlrecht gekämpft, gegen die bürgerlichen Dilettanten: „Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir leben.“ Die Vorbereitungen für die Nationalversammlung sind von der Regierung bereits in die Wege geleitet worden. Das Reichsamt des Innern hat einen Entwurf zum Wahlrecht der Regierung unterbreitet, der in den nächsten Tagen im Rat der Volksbeauftragten zur Verhandlung kommen wird. Allerdings darf man die Beratung der Nationalversammlung nicht überstürzen. Jetzt fluten unsere Truppen von allen Fronten zurück. Gleichzeitig vollzieht sich eine gewisse Verschiebung der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter. Hier muß erst wieder eine gewisse Festigkeit eintreten, damit auch wirklich alle Soldaten und Arbeiter in der Lage sind, ihr Wahlrecht zur Nationalversammlung ausüben zu können. Die Regierung ist aber noch wie vor der Meinung, daß die Nationalversammlung sobald wie möglich einberufen werden soll, um die staatsrechtliche Grundlage für die sozialistische Republik zu schaffen. Für meine Partei handelt es sich hier um eine grundsätzliche Frage, an der wir unter allen Umständen unerschütterlich festhalten werden. Ich bin fest davon überzeugt: Für Deutschland ist die gesetzgebende Versammlung eine Lebensnotwendigkeit.

Der Amnestieruf.

Berlin, 23. Nov. (B.B.) Der Justizminister hat folgende allgemeine Verfügung vom 23. November über die Gewährung von Straffreiheit erlassen:

1. Nach Ziffer 6 des Reichsgesetzes vom 12. November (R.G.-Bl. S. 2303) ist für alle politischen Straftaten Amnestie gewährt; die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren sind niedergeschlagen. Rühre Anordnungen der Reichsleitung sind nach zu erörtern. Schon jetzt werden die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, die Strafvollstreckung wegen Straftaten, deren politischer Charakter unbedenklich erscheint, alsbald zu unterbrechen und neue Vollstreckungsmaßnahmen wegen solcher Taten nicht mehr einzuleiten. Die Strafvollstreckungsbehörden haben Verfahren wegen Verurteilungen der in Rede stehenden Art nicht mehr zu betreiben und Anträge auf Aufhebung anstehender gerichtlicher Termine zu stellen.

2. Auch wegen nichtpolitischer Straftaten ist ein Reichsgesetz über die Gewährung von Straffreiheit zu erwarten. Schon jetzt werden die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, die Vollstreckung von Strafen, die nicht schwerer sind als drei Monate Gefängnis, nicht mehr einzuleiten und die bereits angetretenen Strafen von nicht mehr als drei Monaten alsbald zu unterbrechen.

Berlin, 23. Nov. Der Justizminister: Dr. Soehn.

Amerika und der Völkerbund.

Genf, 25. Nov. Der „Herald“ meldet aus New York: Der Kongress hat dem Präsidenten das Ersuchen gestellt, den Eintritt der Vereinigten Staaten in den europäischen Völkerbund vorzubereiten. Der Kongress bewilligte 4,5 Millionen Dollar für die heimkehrenden amerikanischen Krieger.

Was auf dem Spiele steht.

Basel, 25. Nov. „Daily Mail“ meldet aus Paris: Eine Wiederrückung der Waffenstillstandsbedingungen ist nach Lage der Sache ausgeschlossen. Deutschland hat es in der Nacht, alle Waffenstillstandsbedingungen zu beseitigen, wenn es die einzige Vorbedingung für einen sofortigen Frieden schafft. Diese einzige Möglichkeit ist eine rechtmäßige deutsche Regierung, die vom ganzen Volk gewählt ist. Solange sich die jetzigen Machthaber Deutschlands nicht schnell zu diesem Schritt entschließen, haben sie auch auf Rückblick durch die Alliierten kaum zu rechnen.

Basel 25. Nov. Die „Times“ meldet, daß der Verlauf der Dinge in Deutschland nicht, wie in Rußland vor sich gehen dürfte. Ein Fortschreiten der bolschewistischen Strömungen in Deutschland würde den Alliierten die Verwirklichung geben, eine Wiederherstellung der Ordnung im Interesse der Freiheit der Welt vorzunehmen.

Basel, 25. Nov. Nach Londoner Zeitungen sprach Balfour am letzten Sonntag in Birmingham, die Regierung in Deutschland ist noch nicht als endgültige anzusprechen. Frieden könne nur mit einer vom Volk anerkannten deutschen Regierung geschlossen werden, die auch die finanziellen Verpflichtungen der früheren Regierung gegenüber dem Ausland anerkenne. Deutschland habe es in der Hand, einen schnellen Frieden zu erhalten, wenn es baldigst zur Volksabstimmung über die neue Regierungsform schreite.

An die Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 23. Nov. Gegen den Einwand der technischen Schwierigkeiten gegen die baldige Einberufung der Nationalversammlung wendet sich die Sozialistische Korrespondenz wie folgt:

Es ist natürlich sein zu wählen, weil wir so noch nicht wissen können, wo die Grenzen des neuen Reiches verlaufen würden. Als ob die Franzosen nicht auch 1871 eine Nationalversammlung gewählt hätten, in der noch die Elstch-Dothringer saßen! Gerade weil uns die Gefahr droht, daß man uns beraubt und am Leibe der Nation verfaulen, wollen wir vorher noch eine große Vertreter-Versammlung haben, zu der alle wählen, die sich in geschlossener Masse zum Deutschen bekennen. Und sollten sie gewillt sein von uns losgerissen zu werden, von der aus unser Einspruch gegen das geschändete Reich in der Welt geht. Oder die Nationalversammlung soll erst gewählt werden können, wenn alle Soldaten daheim und wieder in ihren Friedensberuf untergebracht sind; vorher soll der Wahlakt technisch undurchführbar sein. Aber die Wahlen zur bürgerlichen Nationalversammlung finden ja am 5. Januar statt, und in Baden durch das der Rückzug des Heeres geht, das unmittelbar unter den feindlichen Kanonen liegt, ist die Wahl am Ende schwieriger zu organisieren als in Leipzig. Gewiss im Januar 1919 wählt Deutschland seine neue Konstituante, wählen wahrscheinlich alle süddeutschen Staaten und Hessen. England aber wählt gar schon am 14. Dezember, und die englischen Truppen sind dann wohl auch noch nicht alle zu Hause. Kanada und Australien haben mitten während des Krieges gewählt, und es ist auch gegangen. Die eingebildeten technischen Schwierigkeiten bestehen also überhaupt nicht. Das einzige wahre Hindernis der Konstituante ist die wohlübergründete Furcht einiger Ueberadikalen bei der allgemeinen Volksabstimmung schlecht abzuschneiden.

Solfs Protest an Wilson.

Berlin, 23. Nov. (B.B.) An die amerikanische Regierung ist folgende Note gerichtet worden:

Im Vertrauen auf die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Grundsätze eines Rechtsfriedens wandte sich das deutsche Volk um Vermittlung eines Waffenstillstandes an Wilson. Anstelle des erwarteten, von Grundfragen des Rechts und der Billigkeit und vom Wunsche einer zukünftigen Veröhnung der Völker beherrschten Waffenstillstandes ist uns ein Waffenstillstand der Bergewaltigung und Vernichtung geworden. Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes bedeuten in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den ersehnten Frieden nicht bringen, sie wollen die Wiederherstellung friedlicher Ruhe in Deutschland und eine geordnete Demobilisierung unmöglich machen. Sie sollen das schwache Land dem Chaos und der Anarchie preisgeben. Unsere feierlichen Proteste gegen dieses der Menschlichkeit hohnsprechende Verfahren sind ungehört verhallt. Mag die Härte der Waffenstillstandsbedingungen mit der Notwendigkeit begründet sein, dem Deutschen Reich den Wiederbeginn der Feindseligkeiten unmöglich zu machen, so ist doch unseren Feinden inzwischen klar geworden, daß diese Begründung nicht mehr stichhält, denn das deutsche Volk will die Feindseligkeiten nicht wieder beginnen und kann es nicht. Die deutsche Regierung steht in der Aufrechterhaltung der harten Bestimmungen ein Attentat gegen die Grundsätze der Zivilisation und muß den Schluß ziehen, daß es den Regierungen der alliierten

haben Werkstätten mitläufig besetzt und wurde mit ston-
ger Andeutung von Gewalt gedroht. Die Arbeiter- und
Arbeitgeber- und sonstigen Einrichtungen der Revolution zu-
gen ohne weiteres befreit.

Thronverzicht des Großherzogs von Baden.

Karlsruhe, 23. Nov. (W.B.)

An das badische Volk!

Wie ich am 14. November 1918 erklärt habe, will ich
ein Hindernis sein für diejenige Neugestaltung des staats-
rechtlichen Verhältnisses des badischen Landes, die die ver-
fassunggebende Nationalversammlung beschließen wird. Nach-
dem mir nun bekannt geworden ist, daß viele Badener sich
durch den Treueid, den sie als Beamte, Soldaten oder Staats-
bürger geleistet haben, in ihrem Gewissen gehemmt fühlen,
bei der Vorbereitung der Wahlen zur verfassunggebenden Ver-
sammlung sich so zu betätigen, wie sie es nach dem tatsäch-
lichen Verhältnis wie insbesondere nach der Lage im Reich
für geboten erachten, entbinde ich die Beamten, Soldaten
und Staatsbürger ihres Treueides und verzichte auf den
Thron. Mit diesem Verzicht erkläre ich die Zustimmung
meines Vaters, des Prinzen Max von Baden, auch für
mich und seine Nachkommenschaft.

Wir und meiner Vorfahren Leistung war die Wohlfahrt
des badischen Landes. Sie ist es auch bei diesem meinem le-
zten schweren Schritt. Meine und der Meinigen Liebe zu mei-
nem Volke brütet nimmer auf. Gott schütze mein liebes badi-
sches Land!

Schloß Rastatt, den 22. November 1918.

Friedrich

Kundmachung.

Die badische vorläufige Regierung erklärt:
Großherzog Friedrich II. hat dem Thron entsagt. Er
und seine Familie, ihre Freiheit, ihre Ehre und ihr Leben
gehören dem Schutz der badischen Republik. Die Aenderung
der Staatsform in Baden ist die Folge der weltpolitischen
und gesamten deutschen Entwicklung. Der Großherzog hat
im Interesse des badischen Volkes die Forderungen aus der
von ihm persönlich nicht verschuldeten Lage gezogen. Das
badische Volk anerkennt die Liebe zur badischen Heim-
at, die der Großherzog auch wieder in dem Entschluß
der letzten Tage bestätigt hat; es gedenkt der Werke edler
Menschlichkeit der Großherzogin-Mutter und der Verdienste
des Prinzen Max von Baden um die Demokratisierung
Deutschlands und um den Gedanken der Völkerverständigung.
Eine neue Zeit ist angebrochen. Alle Badener rufen wie auf
zur Mitarbeit im Kampfe für die Freiheit und das gleiche Recht.
Vorwärts mit aller Kraft! Es lebe die Republik Baden!
Karlsruhe, den 22. November 1918.

Die badische vorläufige Regierung:

Geiß, Ministerpräsident, Bräumer, Dietrich, Dr. Haas,
Karlhoff, Marum, Rißert, Schwarz, Stöckinger, Trunk,
Dr. Wirth.

Die Lage im Osten.

Der konzentrische Angriff auf Rußland.

Helsingfors, 23. Nov. (T.L.) Nach Mitteilungen,
die ein hier ansehlicher Entente-Diplomat macht, hat der kon-
zentrische Angriff der Alliierten gegen Sowjet-Ruß-
land nunmehr begonnen. Die Sowjet-Armee, bestehend aus
Engländern, Italienern, Franzosen und Serben, 710.000
Mann umfassend, hat sich nach Norden in Marsch ge-
setzt. Rumänische Truppen haben sich angeschlossen. Die Vor-
truppen haben Vestsibirien, einzelne Abteilungen Odessa er-
reicht. Andere Truppen gehen in Glimmer auf. Nach
General Berthelot, der das Unternehmen organisieren soll,
ist in Rumänien angekommen. Im Zusammenhang mit einer
Kolon weißer Garde von Potos aus und der Engländer
um Warmangel kommt möglicherweise auch ein Angriff
von nördlichen Ufer des Finnischen Bussens in Betracht. Ge-
schätzte Verluste, daß leichte englische Seestreitkräfte am
Montag Reval in östlicher Richtung vorrücken.

Der Terror in Petersburg.

Kopenhagen, 23. Nov. (T.L.) Nach einem Te-
legramm aus Helsingfors besagen dort aus Petersburg ein-
getroffene Nachrichten, daß die Sowjet-Regierung in den letzten
Tagen in Petersburg eine große Anzahl grausamer
Morde begangen hätten. Ungefähr 500 frühere
Offiziere seien ermordet worden. Die verhafteten Ausländer
würden zu Straßentrümmungsarbeiten gezwungen.

Die Herrschaft der Bolschewiki.

Stockholm, 23. Nov. (T.L.) Der „Times“-Korrespon-
dent an der finnischen Front meldet: Es stehen nun insgesamt
115.000 Bolschewiki den finnischen und sibirischen Truppen
gegenüber. Die Bolschewiki hatten das ganze Mittel-
russland besetzt. Sie haben viel Material zu ihrer Ver-
sorgung und sind gut organisiert. 30 Prozent ihrer Streit-
kräfte sind deutsche und österreichisch-ungarische Kriegsgefan-
genen. Die Führer sind größtenteils Juden, aber auch viele
Russen und Ungarn. Es wurden 40 neue Divisionen gebildet.
Durch wird die bolschewistische Armee auf eine halbe
Million gebracht. Die Bolschewiki wollen Zerkatierung
um jeden Preis erobern.

Bankrottierung ausländischer Bankguthaben in Rußland.

Zürich, 23. Nov. Nach Meldungen aus Petersburg,
die die schweizerische Presse veröffentlicht, wurden auch die
Guthaben ausländischer Banken in Rußland
am 15. ds. Mts. allgemein im Auftrag der Moskauer Rege-
rung „entzogen“. Die neutralen Konsuln richteten
einen ergebnislosen Protest an die Moskauer Regierung.

Androhung der Republik Lettland.

Berlin, 23. Nov. Im Stadtheater zu Riga ist in
Anwesenheit des lettischen Nationalrats und einer zahlreich
entschiedenen lettischen Bevölkerung die Republik „Lat-
vija“ (Lettland) ausgerufen. Zum ersten Mi-
nister wurde Karl Usmann gewählt, der die Wahl annahm
mit ein Hoch auf die „freie, unabhängige, demokratische Re-
publik“ ausbrachte. Ihre Farben sind rot-weiß-rot.

Estland will sich mit Finnland vereinigen.

Berlin, 24. Nov. Ueber den Zusammenschluß
Estlands und Finnlands hat zwischen den Regie-
rungen dieser beiden Länder ein Telegrammwechsel statt-
gefunden, der eine dauernde Brücke über den tren-
nenden Meerbusen auf einer sicheren Grundlage
stellen will.

Unruhen in Triest.

Zürich, 25. Nov. Der „Secolo“ meldet, daß in Triest
Unruhen zwischen Italienern und Slaven ausgebrochen
sind. Das Stadthaus war vorübergehend im Besitz beider
Parteien. Die amerikanischen Truppen haben die
Ordnung wieder hergestellt. Der Hafen von
Triest ist weiter im Besitz der italienischen Flotte.

Kleine Mitteilungen.

Köln, 23. Nov. Der Sohn einer Familie in Köln-
Rath trat mit den Truppen von der Westfront hier ein. Seit
drei Monaten hatte man nichts mehr von ihm gehört, was
namentlich seiner künftigen Mutter sehr zu Herzen gegangen
war. Er eilte ins Elternhaus und ging leise die Treppe
hinauf, um seine Mutter zu überraschen. Die Tür der
Wohnung war aber verschlossen. Eine Hausbesitzerin
teilte dem Erschrockenen mit, daß man seine Mutter
eben zu Grabe getragen habe. Der Unglückliche
sah die Trauergemeinde noch auf dem Kirchhof. Die Teil-
nahme mit dem Feldgrauen, dessen Heimkehr sich so tragisch
gestaltet hatte, war allgemein.

Bern, 23. Nov. Wie die Alberte meldet, soll Köln
von englischen Truppen besetzt werden. Die Abwehr
und vierte Armee mit australischen und kanadischen Kon-
tingenten sollen das benachbarte Gebiet besetzen.

Berlin, 23. Nov. (T.L.) Wie die „Vossische Zei-
tung“ hört, schweben zur Zeit Verhandlungen zwischen der
Reitung der nationalliberalen Partei und führenden Per-
sönlichkeiten der fortschrittlichen Volkspartei über einen Zu-
sammenschluß beider Gruppen zu einer einheitlichen Deut-
schen Volkspartei.

Trier, 23. Nov. In acht amerikanischen Automobilen
brachte ein amerikanischer Offizier über 180 deutsch Mann-
schaften nach Trier, die an der Front die Uebergabe ge-
leistet hatten. Es handelt sich hierbei um einen Akt
amerikanischer Ritterlichkeit.

München, 23. Nov. (T.L.) Der bayerische Minister-
präsident Eisner hat sich nach Berlin begeben und wird
am Montag an den Besprechungen der Vertreter der
deutschen Republiken mit der Reichsleitung teilnehmen.

Oppeln, 23. Nov. (T.L.) Die großpolnische Agita-
tion in Oberschlesien arbeitet gegenwärtig mit Hochdruck
um Stimmung für eine Angliederung Oberschlesiens an
Polen zu machen. In allen Orten haben große pol-
nische Massenversammlungen stattgefunden. In
allen Versammlungen wurde betont, daß Oberschlesien zu
Polen kommen müsse. Deutsche, die gegen diese Reden
protestierten, wurden nicht zu Worte gelassen.

Stockholm, 23. Nov. Wie das hiesige Blatt „Vo-
lanten“ mitteilt, geraten gegenwärtig die skandinavischen
Regierungen gemeinschaftlich die Frage des Abbruchs der
diplomatischen Beziehungen zu Rußland. Die
Zurückziehung ihrer Konsuln und die Ausweisung der Ver-
treter der russischen Sowjetregierung aus den skandinavischen
Ländern.

Amsterdam, 23. Nov. König Albert hat gestern seinen
feierlichen Einzug in Brüssel gehalten. Die ganze
königliche Familie ritt an der Spitze der Truppen. Ameri-
kaner eröffneten den Zug, dann kamen Franzosen, Schotten,
Engländer und zuletzt eine gemischte belgische Division.

London, 23. Nov. (W.B.) Lloyd George er-
öffnete mit einer Rede in Woburnhampton die Wahl-
kampagne in der Provinz für die Coalition.

Lokales und Provinzielles.

Erleichterungen im Wertpapierverkehr.
Bisher ist es aus Mangel an brauchbaren Verpackungsmitteln,
Blindfaden, Siegelband usw. den Abnehmern vielfach nicht mög-
lich gewesen, bei Postpaketen von der Wertangabe Gebrauch
zu machen. Infolgedessen blieb bei den jetzigen hohen Prei-
sen der Schadenersatz, der seitens der Postverwaltung auf
Grund des Postgesetzes in Verzug und Beschädigungsfällen
zu leisten war, oft hinter dem wirklichen Wert der Sen-
dungen zurück. In entgegenkommender Weise hat nun der
Staatssekretär des Reichspostamts verfügt, daß vom 15. Nov.
ab bei Paketen mit einer Wertangabe bis 100 Mk. verpackungs-
weise keine höheren Anforderungen an Verpackung und Ver-
schluß zu stellen sind, als an gewöhnliche Pakete ohne Wert-
angabe. Insbesondere wird bei den Paketen bis 100 Mk. keine
Versiegelung mehr verlangt. Dadurch wird es jedem Abnehmer
möglich gemacht, Pakete im Wert bis 100 Mk. ohne weitere
Schwierigkeiten unter Entrichtung der Verpackungsgebühr von
10 Pfg. als Wertpakete auszuliefern. Geht derartige Pakete
verloren oder werden sie beschädigt oder brennt, so wird
bei der Erstattung der Wertangabe zu Grunde gelegt, sofern
nicht der angegebene Wert den gemeinen Wert der Sendung
übersteigt. In diesem Falle wird nur der letztere ersetzt. Aus
Betriebsgründen ist bei Paketen bis 100 Mk. der Wert
nur auf der gelben Paketkarte, nicht aber auf den Paketen
selbst anzugeben.

Tödlicher Unglücksfall. Ein militärisches Last-
auto mit Anhänger fuhr am Sonntag nachmittags um
4 Uhr infolge Versagens der Steuervorrichtung auf dem Allen-
dorfer Berg in voller Fahrt gegen einen Baum. Der Chauffeur
und ein mitfahrendes, auf der Dynamitfabrik in Wärgendorf
beschäftigtes Mädchen waren sofort tot. Zwei weitere schwer-
verletzte Personen mußten in die Wiesener Klinik geschafft
werden. Von 7 Leichtverletzten wurden einige im Kranken-
haus zu Haiser verbunden beim untergebracht.

Bad Homburg v. d. G., 23. Nov. Inmitten der
Vorbereitungen zur Einrichtung des Großen Hauptquartiers
brach die Revolution aus. Schon am ersten Tage verließen
1000 Soldaten ihre hiesigen Arbeitsstätten und ließen alles
im Stich. Da sich niemand um die wertvollen Gegenstände,
Schränke, Schreibmaschinen, Kücheneinrichtungen und unge-
zähltes anderes Mobiliar kümmerte, fanden diese bald Vieh-
hader. Bis jetzt sind für mehr als 500.000 Mark von
diesem Mobiliar gestohlen.

Friedberg, 23. Nov. Der Leutnant Helmreich vom
hiesigen Offiziersgefangenenlager wurde in einer der letz-
ten Nächte bei einem Einbruch in das Konfektionsge-
schäft von Frau Drebes überrascht und festgenommen.
Der Herr Leutnant hatte seinen Raub schon in Sicherheit
gebracht, aber seinen Mantel am Türrahmen liegen lassen. Als
er diesen bei einem zweiten Einbruch in das Geschäft holen
wollte, fiel er der Polizei in die Hände.

Griesheim, 23. Nov. Nicht weniger als „vier“
Lafautos waren zur Herausführung der „Beute“ des
aus dem Feld heimgekehrten Offiziersstellvertreters Schnei-
der erforderlich. Als die Mengen vollener Decken, neuer
Stiefel und Schuhe, Fleischkonserven u. dergl. m. glücklich
in der Wohnung verladen waren, erschien der inzwischen be-
nachrichtigte Arbeiter- und Soldatenrat und beschlagnahmte
die gesamte Beute.

Mainz, 23. Nov. Ein verheirateter Feldgrauer kam
in verflüsselter Woche unerwartet aus dem Felde des nachts
nach Hause. Er fand seine „treue“ Gattin in den Armen
eines Anderen. Die Abrechnung fand sofort statt. Die
„treue“ Gattin und ihr Liebhaber mußten schwer verletzt
in ärztliche Behandlung gebracht werden.

Darmstadt, 23. Nov. Gut versorgt haben sich eine
Anzahl Feldgrauer, die von der Front resp. aus der Etappe
kamen, um nach der Heimat zu reisen. In Arheiligen wurde
ein Eisenbahnwagen beschlagnahmt, der nahezu ganz

mit Kleidern und Lebensmitteln aller Art
beladen war. Auch eine lebende Kuh war dabei. Auf
Befehl des hiesigen Kreisamtes wurde das Tier nach
dem städtischen Schlachthof abgeführt.

Verantwortlicher Schriftleiter: Bruno Benz-Altburg.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verfügung über militärische Kraftwagen und Betriebsstoffe.

Nach einer Anordnung des Beauftragten des Volkswar-
rates des Arbeiter- und Soldatenrats in Berlin haben
sich die Arbeiter- und Soldatenräte jedes Eingriffs in mi-
litärische Betriebsstoffe der Kraftwagen und der Verfügung
über Kraftwagen zu enthalten. Auch steht den Arbeiter-
und Soldatenräten ein Recht auf Bewilligung der Neuein-
stellung von Kraftfahrzeugen nicht zu. Behörden und Sol-
datenträte, die gegen vorstehende Verfügung handeln, wer-
den das Wohl des Volkes schwer gefährden.

Dillenburg, den 24. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

Ölschneiderei und Ölverteilung.

Wie die zahlreichen Anfragen nach hier beweisen, be-
fürchten viele Ölschneidereien infolge der politischen Ver-
hältnisse eine Nichtüberlieferung ihrer bis jetzt noch nicht
erfüllten Delanträge. Um diese Befürchtung zu beseitigen,
mache ich darauf aufmerksam, daß nach wie vor Ölschneiden
bei den Sammelstellen abgeliefert werden können und daß
auch die Ansprüche der Abnehmer auf Lieferung von Öl
restlos befriedigt werden. Die diesseits in letzter Zeit beim
Kriegsausbruch beantragten Delmengen werden nach Mit-
teilung der betreffenden Delmühlen wenn möglich noch in
dieser Woche den betreffenden Ölverteilungsstellen über-
wiesen werden, sobald die jetzigen Ölschneidereien, die noch
Öl zu beanspruchen haben, möglicherweise schon Anfang
nächster Woche ihr Öl bei den Verteilungsstellen abholen
können. Sobald das Öl eingetroffen ist, werde ich die be-
treffenden Bezugsscheine den Gemeinden zur Ausbändigung
an die Inhaber zugehen lassen.

Um jedoch die Ölverteilungen nicht bis ins kommende
Jahr auszudehnen, habe ich die Ölschneidestellen an-
gewiesen, nach dem 15. Dezember die Ölschneide nicht mehr an-
zunehmen. Ich empfehle daher allen Ölschneidereien,
die noch Delträge im Besitze haben, diese bis zu dem vor-
genannten Zeitpunkt an die für sie zuständige Sammelstelle
abzuliefern. Für rechtzeitige Befriedigung ihrer Del-
anträge wird diesseits Sorge getragen werden.

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche
ich, vorstehendes alsbald in ortsüblicher Weise bekannt zu
machen.

Dillenburg, den 18. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

Jagdzeit auf Hasen.

Eine gesetzliche Verlängerung der Jagdzeit auf Hasen
und anderes Wild für den kommenden Winter wird nicht
erfolgen.

Dillenburg, den 22. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

In die Gasverbraucher.

Die verschärfte Einschränkung des Gas-
verbrauches wird hiermit aufgehoben.

Dillenburg, den 23. November 1918.

Städtische Licht- und Wasserwerke.

Stadt. Inspektor.

Auswärtige perfekte

Schneiderin

empfehlte sich zum Anfertigen
sämtlicher Damen- und
Kindergarderobe, Män-
tel und Kostüme.

Wenddorf (Dillkreis)

Hausnummer 45.

Haarwäscher

nach Frankfurt gelocht in
Herrschhaus bei gutem
Vohn und guter Behandlung.

Offerten an

M. Amerikaner,

Frankfurt a. M.,

Königsleinerstr. 46.

Derjenige welcher am Son-
tag Nachmittag einem
heimkehrenden Krieger am
Güterbahnhof Halger seinen

Rock

mit sämtlichen Papieren mit-
nimmt, wird erlucht weni-
stens die Papiere an

Sachmig Haiger,

einzuenden.

Auf sofort

Glundenmädchen

oder Frau gelocht.

Frau Sch. Gail.

Weihnachten in Bethel!

In unruhiger und dunkler Zeit sehnt sich die Welt
nach Licht und Frieden. Friede auf Erden und Licht für
die trauernden Herzen, das wünschen wir uns alle als größtes
Weihnachtsgeschenk. Darum bilden wir aus Rot und Weiß
der Erde auf das himmlische Kind, das arm wurde, um
uns durch seine Liebe reich zu machen.

Ein Wagnis dieser ewigen Liebe sollen die Weihnachts-
gaben sein, um die wir wiederum die Freunde von Bethel
bitten. Fast 3500 Kranke, Kinder und Heimatlose sind hier
gesammelt. Dazu kommen die ver wunderten Krieger, von
denen nun schon fast 23.000 hier verpflegt wurden und
etwa 1800 unsere Weihnachtsgäste sein werden. Für alle
können wir auf eine kleine Gabe. Je schwerer die Zeit, um
so mehr Hilfe haben wir nötig. Alles nebenan wir dank-
bar an: Kleidungsstücke, Tabak und Zigarren, Bilder, Bü-
cher, Spiele oder Geld, um das zu kaufen, was Groß-
und Klein erfreuen kann. Je eher es geschieht wird, um
so dankbarer sind wir.

Wir herzlichen Weihnachtsgruß an die Freunde von
Bethel

J. v. Bodelschwinge, Pastor.

Bethel bei Bielefeld, im November 1918.

Mitgliederbeiträge gingen ein: Umdorf 39 Mk., Münch-
hausen 25 Mk., Bassersbach 9 Mk., Osnabrück 122.50 Mk.,
Frohnhagen 68.50 Mk., Burg 426.50 Mk., Steinbrücken 41.50
Mk., Norderberg 2.30 Mk., Vellheim 1 Mk., Rodenbach 5 Mk.,
Arborn 32.40 Mk., Sinn 171 Mk., Oberroßbach 1 Mk., Roth
103.75 Mk., Badlaubach 47.20 Mk., Seehelden 24 Mk., Dis-
büll 7 Mk.

Baldigste Einsammlung der Beiträge und Einzahlung
auf Postkonto des Unterzeichneten (Kfm. Nr. 12055)
aus den noch ausstehenden Gemeinden höchst erbeten.
Gail, Schatzmeister des Zweigvereins vom Roten Kreuz.

Die 7. Armee in der Rheinprovinz und in Sachsen-Massau.

Die 7. Armee ist in die Rheinprovinz und in Sachsen-Massau eingerückt. Ich übernehme vom 21. XI. ab im Durchmarschgebiet der 7. Armee die militärische Kommandogewalt.

Ich bitte um die Unterstützung sämtlicher Behörden. Alle Dienststellen der Armee sind auf Befehl der Obersten Seeresleitung angewiesen, nur mit den militärischen Kommandobehörden und den Behörden der zivilen Verwaltung zu verhandeln. Nach Erlaß der Regierung und der Obersten Seeresleitung stehen den Arbeiter- und Soldatenräten keinerlei Eingriffe in die Kommandogewalt zu, die allein in den Händen der militärischen Kommandostellen liegt.

Die Unterbringung der Armee (über 350 000 Mann und 150 000 Pferde) wird starke Anforderungen an die Bevölkerung stellen, da nicht manöverähnliche Unterbringung, sondern engste Belegung nötig ist, um die aus der Front heimkehrenden Truppen gegen die Anzeichen des Winters zu schützen. Es muß die Ehrenpflicht jedes Bürgers sein, hierbei unter Zurückstellung der eigenen Bequemlichkeit tätig mitzuhelfen.

Der Oberbefehlshaber:

von Boehn,
Generaloberst.

Bekanntmachung.

Die bisher in der Schulstraße (Vandemmergebäude) untergebrachten Diensträume des Bürgermeistersamtes sind von heute ab, mit Ausnahme der Stadtkasse, die noch einige Tage in dem Vandemmergebäude verbleibt, nach Oranienstraße 9 verlegt worden.

Dillenburg, den 25. November 1918.

Der Magistrat.

Großschub für Wasserleitungen.

Wie machen darauf aufmerksam, daß es notwendig ist, bei Großschub die Wasserleitungsarbeiten und Wasserwerke gegen Frostschäden zu schützen, die dem Entweichen ausgetretenen Leitungen und Wasserwerke rechtzeitig zu entleeren oder zu verpacken. Durch nicht genügende Sorgfalt an der Wasserwerke verursachte Schäden fällt den Konsumenten zur Last.

Dillenburg, den 25. November 1918.

Zunn, Inspektor.

Sofort gesucht werden:
150 Hochofenarbeiter,
300 Gesteinsarbeiter
(davon 80 nach auswärts)
60 Zimmerleute,
Sägemüller u. Batter-
jäger, 100 ungelernte
Arbeiter,

Maurer und Handlanger,
große Anzahl Dienstmädchen.

Arbeitsamt

der Stadt und des Kreises Siegen
in Siegen i. W.

Kornmarkt 12.

Wir suchen

Schmiede, Former,
Dreher u. Hilfsarbeiter

Bogerts Maschinenfabrik, Saiger.

Für dauernde Beschäftigung bei entsprechender Leistung und Führung werden gesucht:

2 Heizer

für Bedienung von Hochdruckdampfkeßeln.

1 Kriegsbeschädigter

zur Vornahme leichter Arbeiten;
unbehinderter Gebrauch der rechten Hand und der unteren Gliedmaßen Bedingung.
Alter nach Möglichkeit nicht über 30. Meldungen beim Betriebsleiter der Landes Heil- und Pflegeanstalt Herborn (Herborn.)

Ein sehr schönes Vogelsberger

Kind,

20 Monat alt, lebt zu verkaufen bei

Wilhelm Becker,
Eibach.

Eine nur gute Vogelsberger.

Milch- u. Fahrkuh,

anfangs Januar halbtend, lebt zu verkaufen bei

Emil Müller,
Schaffner,
Sechshelden.

Schöne schwarze

Fahrkuh,

Ende Februar halbtend, zu verkaufen bei

Wilhelm Gille,
Rittershausen.

4398

Sund,

gelbger. Dogge, a. d. Namen Minga lösend.

entlaufen.

Wiederbringer erhält Belohnung.

4403

Kohlenhandl. G. & A. Kuch.

Gut erhaltenes

Kinderbett

zu verkaufen.

Näh. Marbachstr. 53.

Kolonialwarengeschäfte

Kriegsbeschädigte u. i. w. sichern Sie sich jetzt schon den Vorkauf meiner prima

Feld- u. Gartensamereien

schneidste, zuerst. Bedienung.

G. A. Jacobs,

Weilburg S. A.

Abfälle

von Marken Gurten, geeignet zu

Sohlen f. Sauschube,

werden billig abgegeben.

Ernst Strah,

Mechanische Mäberei,
Dillenburg.

Matraken

werden aufgestellt bei

S. Richter, Dillenburg,

Schulstraße 6.

Koff und Wohnung

für 2 Bergschüler gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle unter G. 4438 erditen.

Möbl. Zimmer

mit Pension von einem aus dem Felde zurückgekehrten Eisenbahn-Beamten gesucht.

Angeb. unter A. G. 4462 an die Geschäftsstelle.

Dankagung.

Für die uns beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen in so reichem Maße erwiesene wohlwollende Teilnahme, sowie für die Kranzpenden sagen allen Beteiligten, insbesondere dem Alergerverein und Herrn Pfr. Weller für die trostreichen Worte am Grabe, herzlichen Dank

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Wilhelm Buchard.

Niedersfeld, den 25. Nov. 1918.

Braver zuverlässiger

Sausburische

für leichte Arbeiten bei freier Station und gutem Lohn gesucht.

Kotel Nassau,

Saiger.

Der für morgen angeforderte Verkauf von

Handkäse

kann nur in beschränktem Maße stattfinden, da der Käse zum Teil nicht angekommen ist.

Dillenburg, d. 25. 11. 1918.

Der Magistrat.

Fort mit jeder minderwertigen Schuhkreme!



Dr. Gentner's Delwachslederputz

Nigrin

kein Tierprodukt, keine Wassercreme, stets gleichmäßig, reine Delwachsware erhält das Leder dauerhaft, alt, schön, auch bei Regen u. Schnee haltbaren Hochglanz

Hersteller, auch des beliebten Parfümbodenwachs „Roberin“: Carl Gentner, Göppingen.

Frankfurter Pferde-
lose à 1 Mark
Ziehung:
18. Dezember.
Ueberall erhältlich
oder vom
Landwirtschaftlichen
Verein in
Frankfurt a. M.

Rote + Gelblose

(Hauptgewinn 100 000 Mark)
M. 3.30 Pf. Porto u. Uffe
45 Pf. Gebraucher Heinrich.
4220

Okerkmühle

zu kaufen oder zu pachten gesucht. Angebote mit näherer Angabe und Preis unter G 4403 an die Geschäftsstelle.

Junger Mann sucht

Stellung

auf einem kaufm. Büro, wo er sich in Buchführung ausbilden kann.

Angebote unter G. 3. 44

18 an die Exped. des Blts.

Größer. Wohnhaus

mit Stallung und etwas Hof, für Schreiner geeignet, zu verkaufen. Nicht u. Wasser im Haus. Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 4401

Für unser Holzgewerk

suchen wir einen erfahrenen

Schneidmüller

zum baldigen Eintritt.

Minervon-Hütte, Saiger.

Mädchen,

welches schon in besseren Häusern gedient hat und in allen Zweigen des Haushalts erfahren ist, auch im Wäsche-Ausbleichen, sucht zum 1. Dezember in Dillenburg passende Stellung, am liebsten zu zwei alten Leuten, eoll. auch als Haushälterin.

Näheres Hauptstraße 88.



Du warst zu gut für diese Welt, drum nahm dich Gott zu sich als Sold. Fürs Vaterland hast du gekämpft, in voller Jugendkraft den Tod erlitten; wer dich genannt vergißt dich nie. Zerissen ist Deiner Eltern und Brüder Herz, unlagbar Deiner Lieben Schmerz. Die Trennungslunde schlug zu früh, doch Gott der Herr bestimmte sie. Du schreibst so oft „Auf Wiedersehen“ doch dieses sollte nie geschehen.

Tieferschüttelt erlitten wir die Nachricht, daß unser guter, hoffnungsvoller Sohn, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Lehrer Daniel Aurand,

Leutnant u. Kompanieführer im Inf.-Infant.-

Regiment 206,

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse

nach 4jähriger treuer Pflichterfüllung in den letzten schweren Kämpfen am 29. August 1918 bei Bapaume verwundet, am 20. November im R.-L. Lazarett in Neuch am Rhein im blühenden Alter von 26 Jahren den Heldentod fürs Vaterland gestorben ist.

Die kiestauernden Hinterbliebenen:

Daniel Aurand und Frau

Elisabeth geb. Schmitt

Gottfried Aurand,

Leutnant und Kompanieführer

Heinrich Aurand

Elisabeth Aurand geb. Krug

Katharine Aurand geb. Georg

Daniel Heinrich Aurand.

Niedersfeld, den 23. Nov. 1918.

Die Beerdigung findet nach Ueberführung der Leiche am 26. Nov., nachmittags 2 Uhr vom Elternhause in Niedersfeld statt.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Wilhelmine Klamburg Bwe.

plötzlich und unerwartet infolge eines Schlaganfalles im 76. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Familie Fritz Klamburg

Familie Louis Klamburg.

Dillenburg, Halberstadt, den 23. Nov. 1918.

Beerdigung findet Dienstag nachm. 3 Uhr statt.

Für die anläßig des Hinscheidens meines geliebten Mannes, des

Gastwirtes Ernst Malitz

uns bewiesene freundschaftliche, herzliche Teilnahme sage ich, zugleich im Namen der anderen Hinterbliebenen, tiefgefühltesten Dank.

Nikolaus-Hofen bei Niedersfeld, den 25. November 1918.

Emilie Malitz.